

Haushaltssatzung 1992 für den Kreis Beeskow beschlossen

Trotz Querelen einen Schritt weiter bei der Ämterbildung

Der Haushaltssatzung 1992 stimmten die Abgeordneten auf der Kreistagssitzung am Mittwoch mit der Einschränkung mehrheitlich zu, die vorgesehenen Mittel für den Ausbau des Objektes Glubigsee als Landschulheim zu streichen.

Ausführlich erläuterte Dezernent Krüger zuvor die Satzung, wobei die Schwierigkeiten, zu genauen Eckzahlen zu kommen, dargelegt wurden. Als nämlich genau vor vier Monaten ein fast fertiger Haushaltsplan vorlag und die Eckzahlen abgesteckt waren, wurde bereits

Der Haushaltsplan ist nun nach Beschluß durch die Abgeordneten im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben je auf 38 173 400 DM und im Vermögenshaushalt in der Einnahme auf 22 258 000 und in der Ausgabe auf 22 033 000 DM festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt beträgt über 8 Millionen DM und der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung fast 9,5 Millionen DM. Zur Deckung des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den kreisangehörigen Gemeinden eine Kreisumlage erhoben.

Im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt zur Anhörung des Kreistages zur Amtsgemeinde Scharmützelsee gab Landrat Dr. Schröter einen Überblick über den Stand zur Bildung aller acht Amtsgemeinden im gesamten Kreisgebiet.

„Das größte Hemmnis dabei ist die dünne Besiedlung“, sagte der Landrat, und so wurde in drei Fällen die geforderte Einwohnerzahl von 5000, die für die Ämter erforderlich sind, bisher noch nicht erreicht.

Nach dem gegenwärtigen Stand beträgt die größte Entfernung für die Bürger, um in ein Amt zu kom-

men, 15 Kilometer. „Mehr ist nicht zumutbar“, so der Landrat. Da sich jedoch das Land geäußert hat, daß es nur wenige Ausnahmen zur Zustimmung geben wird, wo die Richtwerte der erforderlichen Einwohnerzahl nicht eingehalten werden, hat sich der Landrat nun mit seinen Sorgen bzw. seinem Standpunkt in einem Brief an den Innenminister des Landes Brandenburg gewandt. Die Antwort steht noch aus.

„Die Aktivitäten müssen jetzt bei den Gemeinden liegen, denn Sitz, das umfassende Gebiet und der Name der jeweiligen Amtsgemeinde müssen selbst entschieden werden“, sagte Dr. Schröter.

Während die Bildung der Amtsgemeinde Scharmützelsee mit dem überkreislichen Zusammenschluß (MOZ berichtete schon mehrmals darüber) auf der Sitzung des Kreistages bestätigt wurde, kamen während der Debatte aber auch einige Querelen ans Tageslicht. So führt Glienicke gegenwärtig eine Bürgerbefragung durch mit dem Ziel, wieder Amtshoheit über einen Teil des Scharmützelsees zurückzubekommen.

Wer es bis dato noch nicht wußte, daß Lindenberg etwas gegen den Zu-

sichtbar, daß der Kreishaushalt auf der Einnahmenseite zu wenig Verbesserungen hat und deshalb die Steigerung der Ausgaben aufgrund neuer Pflichtausgaben nur sehr schwer abgefangen werden können. Durch das Fehlen von Orientierungsdaten von seiten der Landesregierung schleppte sich die weitere Arbeit am Plan 92 dahin. Trotz umfangreicher Bemühungen in der Vergangenheit, wie es Dezernent Krüger nachwies, „ist jedoch die ausreichende finanzielle Sicherstellung der Kommunen auch 1992 nicht gegeben“.

sammenschluß mit den Verwaltungsgemeinschaften Rietz-Neuendorf und Buckow hat, dem wurde es offensichtlich bei der Debatte, wo es um ein Darlehen von 660 000 DM für einen Gebäudekauf in Rietz-Neuendorf ging. Dazu wurde ein Brief der Lindenberger Bürgermeisterin verlesen, in dem Frau Paul zum Ausdruck brachte, daß eine Bewilligung dieses Darlehens einen Vorgriff auf die Einrichtung des künftigen Amtssitzes in Rietz-Neuendorf bedeuten würde.

Da der Landrat nachweisen konnte, daß seine Bemühungen, alle drei genannten Verwaltungsgemeinschaften an einen Tisch zu bekommen, um nun endlich einen Konsens zu finden, bisher gescheitert sind, wurde bei vier Stimmenenthaltungen das Darlehen für ein Gebäude in Rietz-Neuendorf gegeben.

Zum Tagesordnungspunkt 10, wo es um die Überprüfung der Kreistagsmitglieder durch die Gauck-Behörde ging, wurde auf Beschluß des Kreistages die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Auch Tonbandaufzeichnungen durften nicht vorgenommen werden.

MARLENE FRIEDRICH